

„Die Vereinten Nationen im Reformjahr 2005 – Herausforderungen und Perspektiven“
Gesprächskreis der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) am 8. März 2005 in Berlin. (Fabian Hemker)

Das Thema „Reform“ steht seit zehn Jahren auf der Agenda der Vereinten Nationen (UN), das heißt seit ihrem 50jährigen Bestehen. Bisher konnten sich die Mitgliedstaaten jedoch nicht auf eine Anpassung des bestehenden Organisationsgefüges an die Erfordernisse der neuen Weltordnung einigen. Am 2. Dezember 2004 hat die von Generalsekretär *Kofi Annan* eingesetzte Hochrangige Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel (High-level Panel on Threats, Challenges and Change) ihren Bericht vorgelegt, auf dessen Grundlage der Generalsekretär Reformvorschläge über institutionelle und strategische Anpassungen der Weltorganisation an die veränderten Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts erarbeiten und der Generalversammlung auf ihrer Herbsttagung dieses Jahres vorlegen wird. Einigkeit besteht innerhalb der Staatengemeinschaft über die Notwendigkeit einer Generalüberholung des UN-Systems. Uneinig sind sich die Staaten über das „Wie“ der Reform; vor allem über die zukünftige strategische Ausrichtung der Vereinten Nationen existieren unterschiedliche Auffassungen.

Die Veranstalter hatten aus diesem Anlaß zu einem Gesprächskreis (Moderation *Arnd Henze*, WDR) mit der stellvertretenden Generalsekretärin der Vereinten Nationen, *Louise Fréchette*, in die Landesvertretung Nordrhein-Westfalens beim Bund eingeladen. Über das Erscheinen des hochrangigen Besuchs aus New York zeigten sich sowohl die Leiterin der NRW-Dependance, *Anke Jesse*, als auch der Leiter der Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit der FES, *Ernst Kerbusch*, erfreut. Die Begrüßungsworte machten die breite Unterstützung der Vereinten Nationen in Deutschland deutlich. *Jesse* wies auf die zahlreichen UN-Institutionen in Bonn hin, die den Standort Nordrhein-Westfalen bereicherten. *Ker-*

busch zufolge sei eine Reform der UN dringend erforderlich und auch möglich. Erfreut zeigte er sich besonders über die Miteinbeziehung der Zivilgesellschaft in den Reformprozeß.

Auch *Fréchette* betonte in ihrem Impulsreferat die Wichtigkeit der Nichtregierungsorganisationen für die UN. Sie wies auf die vielfältigen Ereignisse hin, die seit dem Millenium-Gipfel des Jahres 2000 die Weltgemeinschaft erschüttert hätten: die Terroranschläge vom 11. September 2001, der Afghanistan-Krieg sowie der Irak-Krieg im vergangenen Jahr. Obwohl die UN immer wieder von verschiedenen Seiten stark kritisiert würden, habe sich die Organisation zuletzt bei der Tsunami-Katastrophe in Asien als „wertvolles Instrument“ zur Hilfe und Behebung der Schäden erwiesen. Zudem würden die UN in Kürze mit der Truppenentsendung in den Sudan eine weitere Peace-Keeping-Mission (neben den derzeit 16) beginnen. Trotz der Kritik, die zum Teil berechtigt sei, da es „plenty of room for improvement“ gebe, sagte *Fréchette*, sie sei stolz auf die Leistungen der Vereinten Nationen.

Sie nannte drei Ziele, die durch eine Reform erreicht werden sollten. Zum einen müsse eine Einigung über eine neue Definition des für die Hauptaufgabe der UN unentbehrlichen Begriffs der kollektiven Sicherheit erzielt werden. Die diesbezügliche Empfehlung der Hochrangigen Gruppe biete eine solche „Vision“, da sie die Bedrohungslage richtig beschreibe und Kriterien festlege, wann und wie Gewalt zur Sicherung oder Wiederherstellung des Friedens eingesetzt werden dürfe. Das völkerrechtliche Prinzip staatlicher Souveränität dürfe heute keine Entschuldigung mehr für Grausamkeiten eines Staates gegen seine Bürger sein.

Als zweites Ziel nannte *Fréchette* die Umsetzung der Milleniums-Entwicklungsziele (MDG). Um die MDG im anvisierten

Zeitraum, das heißt bis zum Jahre 2015, zu erreichen, bedürfe es größerer Anstrengungen der Weltgemeinschaft. Sowohl die Industrieländer als auch die Entwicklungsländer, die nicht erwarten dürften, daß ihre Probleme von anderen gelöst würden, stünden diesbezüglich in der Pflicht. "When there is a will and the readiness, there can be improvement", zeigte sich *Fréchette* überzeugt.

Drittens solle eine Reform die Institutionen der Vereinten Nationen verbessern, und zwar müsse der Sicherheitsrat mit dem Ziel einer besseren Repräsentation der Staatengemeinschaft erweitert werden. Dieser Schritt würde seine Autorität stärken und zu einer größeren Offenheit führen. Neben der Umgestaltung der bestehenden Organe unterstützte die stellvertretende Generalsekretärin den Vorschlag der Hochrangigen Gruppe, eine Peace Building Commission einzurichten. Diese könne die bestehende institutionelle Lücke im Bereich Friedenserhaltung schließen, indem sie eine mögliche Konflikteskalation verhindern helfe und nach Beendigung von Kampfhandlungen den Staat bei seiner friedlichen Entwicklung unterstütze.

Unmißverständlich äußerte sich *Fréchette* zu dem Korruptionsvorwurf im Zusammenhang mit dem „Öl für Lebensmittel“-Programm der Vereinten Nationen im Irak und dem Verdacht, UN-Blauhelmsoldaten hätten im Kongo hilfsbedürftige Frauen und Kinder mißbraucht. Beide Fälle müßten untersucht und die Schuldigen gegebenenfalls zur Rechenschaft gezogen werden. Sie hoffe auch, daß im Herbst dieses Jahres ein Treffen zur Eindämmung der Weiterverbreitung und Entfernung von Minen stattfinden könne. Schließlich äußerte *Fréchette* ihren Glauben an das "deep commitment of states to multilateralism".

Das Referat warf bei den Zuhörern viele Fragen auf. Beispielsweise sei fraglich, ob die Gründung einer Peace Building Commission vor dem Hintergrund, daß einige Staaten die Vereinten Nationen verkleinern wollten, auf Unterstützung stoßen werde. *Fréchette* wiederholte ihre Auffas-

sung, daß sie eine solche Institution aufgrund der derzeitig fragmentierten Kompetenzen für erforderlich halte und darauf hoffe, die Staaten würden diese Notwendigkeit auch erkennen. Vor allem sei die Zusammenarbeit mit den Bretton-Woods-Organisationen (Weltbank-Gruppe und Internationaler Währungsfond) verbesserungsbedürftig.

Auf die Nominierung des ehemaligen Staatssekretärs im US-Außenministerium und offenkundigen UN-Kritikers *John Bolton* zum neuen UN-Botschafter der USA angesprochen, sagte *Fréchette*, sie werde harten Auseinandersetzungen nicht aus dem Weg gehen. Die Kritik am Generalsekretär sei, was die Problemlösungskompetenz der Vereinten Nationen angehe, unbegründet, da die Stärke der Organisation nicht von *Annan*, sondern von den Mitgliedsstaaten abhängt. Der Friedensnobelpreisträger habe sich in der Vergangenheit nicht gescheut, seine Aufgabe, Probleme offen anzusprechen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten, auch bei kritischen Themen wahrzunehmen.

Auch wenn sie den Vorschlag der Hochrangigen Gruppe, die Mitgliedschaft in der Menschenrechtskommission zu erweitern, begrüße, hinge der Erfolg der Kommission jedoch immer noch von der Achtung der Menschenrechte durch die Staaten ab, so *Fréchette*. Derzeit würden einige Staaten ihren Sitz in der Menschenrechtskommission eher dazu nutzen, Vorwürfe gegen sie abzuwehren. Daneben habe sich gezeigt, daß Staaten, die im eigenen Land Menschenrechtsverletzungen duldeten oder sogar für sie verantwortlich seien, keinen anderen Staat diesbezüglich kritisieren würden.

Die derzeit wichtigsten Punkte seien – auch im Zusammenhang mit der Reform des UN-Systems – eine Erneuerung des Personalmanagements der Vereinten Nationen und Maßnahmen zur Steigerung von Transparenz und Verantwortlichkeit. Hinsichtlich des letzten Punktes sei zu klären, wem die Vereinten Nationen verantwortlich sein sollten: den Mitgliedstaa-

ten, der Weltöffentlichkeit oder den (u. a. in der UN-Charta) kodifizierten Werten.

Dokumente zum Thema:

A more secure world – our shared responsibility, Report of the High-level Panel on Threats, Challenges and Change, vom 2. Dezember 2004, im Internet unter www.globalpolicy.org/reform/index.htm (abgerufen am 11. März 2005).

Bericht des *Cardoso*-Panels zur Beziehung von UN und Zivilgesellschaft vom 21. Juni 2004, UN-Dok. A/58/817.

Zu den MDG: Resolution der UN-Generalversammlung vom 18. September 2000, UN-Dok. A/RES/55/2; zur bisherigen Umsetzung vgl. den Report des Generalsekretärs vom 27. August 2004, UN-Dok. A/59/282.